

Geheimpapier enthüllt: Obszön hohe Gagen beim ZDF Zwei Millionen allein für Lanz

<https://reitschuster.de/post/geheimpapier-enthuellt-obszoen-hohe-gagen-beim-zdf/>

Grundsätzlich neide ich niemandem sein ehrlich verdientes Geld, auch wenn das in Deutschland keine Selbstverständlichkeit ist. Wenn jemand einen so hohen „Marktwert“ hat, dass private Fernsehanstalten mit ihm Millionen verdienen, dann hat er sich selbst auch eine Millionen-Gage verdient, finde ich.

Ganz anders sieht das aber bei öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten aus, für die jeder Bewohner dieses Landes eine Zwangsgebühr bezahlen muss. Eben wegen dieser Zwangsgebühren sind sie verpflichtet, sparsam mit dem Geld der Gebührenzahler umzugehen. Umso mehr, als sie ständig klären, das Geld reiche nicht und weitere Gehaltserhöhungen fordern.

Und jetzt das – die „Welt“ hat eines der am strengsten gehüteten Geheimnisse der Anstalten gelüftet – die Bezüge der Top-Verdiener des ZDF. Die will der Sender seit Jahren geheim halten. Nun kam das Blatt aber an die entsprechenden Unterlagen. Sie machen schlicht sprachlos. Da sie hinter einer „Bezahlschranke“ stehen, bringe ich gerne hier für Sie die wichtigsten Zahlen:

Spitzenverdiener bei den Moderatoren ist Markus Lanz mit 1,9 Millionen Euro. Im nächsten Jahr bekommt er sogar zwei Millionen. Der Koch und Moderator Horst Lichter („Bares für Rares“) kommt auf rund 1,7 Millionen Euro pro Jahr. Oliver Welke von der „Heute Show“ kassiert für seinen politisch stramm korrekten Humor 1,18 Millionen. Moderator Johannes Kerner kommt auf 630.000 Euro, Moderatorin Andrea Kiewel („Fernsehgarten“) auf 400.000 Euro. Die Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Leindecker, die unter anderem behauptete, Querdenker verlängerten die Pandemie, kommt auf 349.000 Euro, Giovanni Zarella („Die Giovanni Zarella Show“) auf 300.000 Euro.

Zudem finden sich in dem Geheimpapier Brutto-Vereinbarungen, die bereits die Mehrwertsteuer enthalten. Christian Sievers vom „Heute Journal“ erhält demnach 350.000 Euro jedes Jahr, Talkmasterin Maybrit Illner, die noch kurz vor der Wende der SED beitrat, 480.000 Euro, Rudi Cerne 382.000 Euro und Marietta Slomka 393.750 Euro. „Comedian“ Jan Böhmermann liegt bei 651.000 Euro

plus Mehrwertsteuer. Bis 2025 ist eine Steigung auf 713.000 Euro vorgesehen.

Man hat den Eindruck, es handelt sich hier um Entschädigung für Propaganda. Da die Sender nicht auf Quoten angewiesen sind – im Gegensatz zur privaten Konkurrenz – machen die Unsummen keinen anderen Sinn. Drastisch zeigt das Beispiel Böhmermann: Dessen Quoten sind bescheiden. Er wird ganz klar für „Haltung“ und Hetze bezahlt und nicht marktüblich.

Besonders pikant dabei: Nach außen hin zerknirscht tuend, sagte ZDF-Intendant Norbert Himmler Ende vergangenen Jahres, der Sender müsse sparen. Dabei wachsen den Geheim-Unterlagen zufolge die meisten Honorare noch weiter an. Sparen müssen offenbar die normalen Mitarbeiter: Neben „maßvollen“ Mittelanmeldungen habe man große Reformprojekte gestartet, die den Sender noch effizienter machen würden, so Himmler laut „Welt“.

Politisch direkt verantwortlich sind neben allen Landesparlamenten und Landesregierungen, die das Zwangsgebühren-System tragen, die Mitglieder des ZDF-Verwaltungsrats. Aktuell sitzen dort unter anderem die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Maria Luise Dreyer (SPD) als Vorsitzende sowie Reiner Haseloff (CDU), Winfried Kretschmann (Grüne) und Manuela Schwesig (SPD). Auch Markus Söder (CSU) gehörte dem Gremium vier Jahre lang bis Dezember 2022 an.

Die Zahlen und das Verhalten des ZDF – das die Honorare nicht kommentieren will – zeigen, wie obszön sich der öffentlich-rechtliche Apparat verhält. Hier ist dank Zwangsgebühren ein Bürokratie- und Propaganda-Monster entstanden, das nicht nur seine Zwangsgebühren-Zahler auf deren eigene Rechnung verhöhnt – sondern auch nicht mehr reformierbar ist.

Propaganda-Sold für Böhmermann: „651.000 Euro plus Mehrwertsteuer“ TV-Rufmörder bereichert sich auf Kosten der Gebührenzahler

<https://reitschuster.de/post/propaganda-sold-fuer-boehmermann-651-000-euro-plus-mehrwertsteuer/>

In undemokratischen Systemen ist es üblich, dass Kunstformen wie die Satire als schmutziges Mittel im politischen Kampf missbraucht werden. Vermeintliche „Satiriker“ und „Komödianten“ sind dann nicht viel mehr als

eine Kampf- und Propaganda-Einheit der Regierung. Ihre wichtigste Aufgabe: Andersdenkende zu diffamieren, der Lächerlichkeit preiszugeben, oder auch mal zu entmenschlichen, wenn es „notwendig“ ist, weil jemand zu „gefährlich“ wurde. Eine Beschreibung, die auf Jan Böhmermann passt. Der ZDF-Mann ist so etwas wie die mediale Streitaxt von Rot-Grün. Wer für die Ideologie der „Woken“, wie sich die Ökosozialisten gerne nennen, zur Bedrohung wird, kann damit rechnen, dass ihn Böhmermann unter der Gürtellinie angreift. Wie kürzlich der frühere Chef von Degussa-Goldhandel, Markus Krall.

Dass die Menschen in Deutschland den Auftrags-Rufmörder Jan Böhmermann auch noch aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen – dank Zwangsgebühren – war bekannt. Dass es sich dabei um ein erkleckliches Sümmchen handeln dürfte, konnte man ahnen. Ebenso wie im echten Killer-Geschäft gilt auch bei Rufmördern: Je schmutziger die Arbeit, umso höher die Entlohnung. Dass Böhmermann für seine Schmutzarbeit aber rund doppelt so viel Geld bekommt wie der Intendant des ZDF oder der Bundeskanzler, ist dann doch überraschend.

Vor allem erklärt es viel.

Dabei hütet das gebührenfinanzierte ZDF die Bezüge seines lautesten Propagandisten eigentlich so sorgsam als Geheimnis wie Angela Merkel Details ihrer DDR-Vergangenheit. Doch die „Welt am Sonntag“ hat jetzt Details aus der Vereinbarung erfahren, die der Sender Ende 2022 mit Böhmermann schloss. Setzen Sie sich jetzt bitte hin, bevor sie weiterlesen: Den Angaben zufolge bekommt der Moderator allein in diesem Jahr sage und schreibe 651.000 Euro plus Mehrwertsteuer vom ZDF.

Nur gut, dass die „Welt“ den Artikel hinter einer Bezahlschranke versteckt hat – so dürfte sie manchen potentiellen Leser, der nicht weiter kommt, vor einer heftigen und spontanen Erhöhung des Blutdrucks bewahren.

„Im kommenden Jahr steigt der Sold vertragsgemäß um 31.000 Euro, auch für 2025 ist ein weiteres Plus vorgesehen – auf insgesamt 713.000 Euro“, schreibt die „Welt“. Der neue Deal sei damit deutlich besser dotiert als der alte, der von Oktober 2020 bis Ende 2022 lief. Dabei geht aus den Aufstellungen, die dem Blatt vorliegen, noch nicht einmal hervor, „welche Beträge der Sender der im Jahr 2020 gegründeten Produktionsfirma Unterhaltungsfernsehen Ehrenfeld UE GmbH zusätzlich überweist, die die Show im Auftrag des ZDF produziert.“

Das riecht nach übelster Selbstbedienung auf Kosten der Gebührenzahler.

Besonders pikant: „Vor zehn Monaten kritisierte Jan Böhmermann den Umgang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Gebührengeldern“, wie die „Welt“ betont: „Der Moderator witzelte unter anderem über ‘geheime Abfindungen’, ‘arschteure Sanierungen’, die Massagesitze im Dienstwagen von WDR-Intendant Tom Buhrow und das ‘Gönnjamin’-Verhalten von Ex-RBB-Chefin Patricia Schlesinger. Aus der ‘Idee eines transparenten, kritischen Rundfunks’ sei ‘ein verfilzter Selbstbedienungsladen’ geworden. Auch er müsse 18,36 Euro für die ‘Scheiße’ bezahlen.“

Es ging noch weiter: Böhmermann kritisierte den Umgang mit den freiberuflichen Mitarbeitern im öffentlich-rechtlichen System. Sie stellen rund 40 Prozent des gesamten Mitarbeiterstamms – und werden oft behandelt wie Mitarbeiter zweiter Klasse. Kritiker sprechen von einem regelrechten Kastensystem. Böhmermann kritisierte, die „Freien“ machten zwar den Löwenanteil der Programmarbeit, aber müssten das „oft unter miesen Bedingungen“ tun. Mehr Geld sei aber nicht da, so der Moderator: „Weil ein Großteil der Kohle an merkwürdigen Stellen versickert.“

Jetzt wissen wir auch, wo: etwa bei Böhmermann selbst.

Damit ist klar: Mehr Heuchelei und Doppelmoral geht kaum noch.

Die astronomischen Summen wurden dem Blatt zufolge direkt von der Intendanz ausgehandelt. „Wie viele Personen mehr als 500.000 Euro bekommen? Warum Stillschweigen vereinbart wurde? Auch diese Fragen beantwortet der Sender nicht“, wie die „Welt“ schreibt: „Böhmermann selbst ließ eine Anfrage unbeantwortet, auch dazu, welche Tätigkeiten mit den Zahlungen des ZDF abgegolten sind. Schon in der Vergangenheit hatte der Moderator Anfragen von anderen Medien zu seinen Bezügen ignoriert.

Mit seinem Honorar kommt Böhmermann an die Chef-Propagandisten der öffentlich-rechtlichen Sender heran: Die Talkmaster. Wie kürzlich berichtet, bekam etwa Frank Plasberg nur für die Moderation von „Hart aber fair“ zuletzt rund 730.000 Euro. Jährlich. 65.000 Euro mehr erhält Sandra Maischberger für „Maischberger – die Woche“. Ebenso pro Jahr. [Details siehe hier.](#)

Die Mega-Bezüge für Böhmermann beweisen einmal mehr, wie die Idee eines mit Gebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks pervertiert wurde. Es ist zu einer Karikatur seiner selbst verkommen.

Bei Böhmermann kann man sich nun sehr gut vorstellen, welche Motivation ihn antreibt – und warum er gar so übereifrig ist bei seiner Propaganda.

Gestalten wie er werden bei künftigen Historikern wohl die gleiche Mischung aus Verwunderung und Ekel hervorrufen, wie manche Vorgänger der Auftrags-Rufmörder in der Geschichte.

Dreist: Protz-Intendantin will auch noch für Rücktritt (Gebühren-)Geld "Bezug zur Realität verloren"

<https://reitschuster.de/post/dreist-protz-intendantin-will-auch-noch-fuer-ruecktritt-gebuehren-geld/>

So richtig ins Wanken kam meine Vorstellung von den Öffentlich-Rechtlichen, als ich vor vielen Jahren in Moskau erlebte, wie der WDR zum Jubiläum seines Büros dort die eigene Big Band einfliegen und in einem der großen Konzertsäle auftreten ließ. Warum, so fragte ich mich damals, muss der deutsche Gebührenzahler für solchen Luxus und Protzerei bezahlen? Die Geschichten, die ich dann über die Jahre von Kollegen aus dem Inneren der Öffentlich-Rechtlichen hörte, machten mich immer wieder sprachlos. Und brachten mich zur Überzeugung, dass aus der guten Idee ein bürokratisches Monstrum geworden ist – eine Art Journalisten-Versorgungsanstalt mit angeschlossenem Sendebetrieb.

Die Pfründe dort sind enorm und sie haben dazu beigetragen, dass sich viele Kollegen von der Realität abgeschottet haben. Nie werde ich vergessen, wie sich eine Kollegin (m/w/d) beklagte, wenn sie mal Rente bekäme, hätte sie nur 5000 Euro netto und das sei, sinngemäß, zum Leben zu wenig, aber zum Sterben zu viel. Mir fiel die Kinnlade runter. Wie immer, wenn gebührenfinanzierte Kollegen mal zwischen den Zeilen etwas zu ihren Bezügen und Spesen fallen lassen.

Journalisten bei 'Kartei der Not'

Damit wir uns klar verstehen: Ich finde, Journalismus gehört anständig bezahlt und dass viele private Medien die Kollegen miserabel bezahlen,

finde ich unmöglich. Nie werde ich vergessen, wie ich bei der Augsburger Allgemeinen vor meinem Volontariat dort – ganz gegen den Tarifvertrag – ein halbjähriges (Zwangs-)Praktikum für 200 Euro im Monat machen sollte und man mir auf den Hinweis, davon könnte man nicht leben, antwortete, ich könne mich ja an die Wohltätigkeitsorganisation der Zeitung, die „Kartei der Not“, wenden. Das ist das eine Extrem – der Saus und Braus bei den Gebührensendern das andere. Das umso verwerflicher ist, als jedermann dafür bezahlen muss.

Fast müsste man RBB-Protz-Intendantin Patricia Schlesinger schon dankbar sein, dass sie es mit ihrem Luxus (650.000 Euro für die Chefetage inkl. Manufaktur-Parkett, Massagesessel fürs Büro, Dienst-Audi mit Massagesitzen zum Listenpreis von 145.000 Euro, als Dienstessen deklarierte Sausen in der Privatwohnung, etc.) derart übertrieb, dass daraus ein Skandal wurde – und das Thema endlich in den Fokus der Öffentlichkeit geriet ([Details siehe hier](#)). Die Berliner Staatsanwaltschaft kündigte inzwischen sogar an, gegen die Intendantin, ihren Mann, den früheren „Spiegel“-Journalisten Gerhard Spörl und den noch amtierenden RBB-Verwaltungsratschef Wolf-Dieter Wolf wegen des Verdachts der Untreue und Vorteilsnahme zu ermitteln. Das ist der Super-GAU für die Öffentlich-Rechtlichen.

Schlesingers Hang zum feudalen Lebensstil auf Kosten der Gebührenzahler spricht dem öffentlich-rechtlichen Grundgedanken geradezu Hohn. Ebenso wie ihre Nähe zur Politik – da wurde schon mal der Chef des Bundespräsidialamts Stephan Steinlein mit Frau zum Dinner nach Hause eingeladen – was den Gebührenzahler 435 Euro kostete (Schlesingers fürstliche Arbeitszeitentlohnung nicht mitgerechnet). Aber das ist nur die Spitze des Eisberges. Das Gespür, was unanständig ist, scheint Schlesinger und vielen ihrer öffentlich-rechtlichen Kollegen gänzlich abhanden gekommen zu sein.

Weil der Druck zu groß wurde und die Angst umging, sie könne das ganze öffentlich-rechtliche System mitreißen, wurde Schlesinger, die mit 303 000 Euro plus Bonus im Jahr fast die Hälfte mehr kassierte als ihre Vorgängerin, zum Rücktritt gedrängt. Doch auch dabei blieb sie sich treu: Sie machte diesen von erneuten finanziellen Forderungen abhängig. Auch nach dem Abtritt will sie noch Gebührengelder abgreifen. Die „Bild“ schreibt dazu: „Das ist einfach nur dreist! Die einstige Enthüllungsjournalistin hat den Bezug zur Realität verloren.“ So ist es. Aber Schlesinger ist nur eine von sehr, sehr vielen.

Die anderen sind die Bösen

Typisch ist auch, wie die Protz-Intendantin sofort in die Opfer-Rolle schlüpfte. Ihren Rücktritt begründete sie nicht etwa mit ihren zahlreichen Verfehlungen. Sondern damit, die „persönlichen Anwürfe und Diffamierungen“ gegen sie hätten „ein Ausmaß angenommen, das es mir auch persönlich unmöglich macht, das Amt weiter auszuüben“. Dazu schreibt die „Welt“ zutreffend: „Es ist offensichtlich: Da hat jemand Maß und Mitte verloren – doch Selbstkritik? Fehlanzeige.“

Besonders pikant: Schlesinger war früher Reporterin und dann Moderatorin für das stramm linksgrüne ARD-Magazin „Panorama“. Das berichtete früher auch über Korruption und Prunksucht – genau über das, was später zum Markenzeichen Schlesingers wurde.

Es ist entscheidend, zu begreifen, dass wir es nicht mit einer „Causa Schlesinger“ zu tun haben, sondern mit einer „Causa Gebührenfinanzierung“. Der staatlich garantierte, üppige Geldfluss hat das System durch und durch korrumpiert. Es ist nicht mehr reformierbar. In Frankreich hat Staatspräsident Emanuel Macron die Abschaffung der Rundfunkgebühren angekündigt. Das ist gut so. Und ein Vorbild für Deutschland. Niemand (außer der Regierung) braucht Luxus-Versorgungsanstalten für Hofberichterstatter.

Wehret den Anfängen!

Ob am Ende ein neues, völlig abgespecktes System, etwa mit einer Gebühr von einem Euro pro Monat und einem Rumpfprogramm. ohne Massagesessel, BigBand-Ausflüge und Manufaktur-Parkett herauskommt, oder die Abschaffung ersatzlos geschieht, muss ergebnisoffen diskutiert werden. Gegebenenfalls müssen Mechanismen eingeführt werden, die eine neuerliche Korrumpierung des Systems durch die Regierung wenn nicht ausschließen (so eine Hoffnung wäre naiv), aber doch maximal erschweren. Damit aus einer guten Idee, die Demokratie fördern und die Herrschenden kontrollieren soll, nicht wieder ein Propaganda-Apparat wird, der die Demokratie zersetzt und die Herrschenden bauchpinselt.

Bedingung dafür ist auch eine schonungslose Vergangenheitsbewältigung und juristische Aufarbeitungen der massiven Verstöße gegen den Rundfunkstaatsvertrag durch die Verantwortlichen bei den Sendern. Denn dieser schreibt ihnen zwingend „Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung“ vor. Zudem müssen sie laut

diesem „die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote“ berücksichtigen. Grundsätze, die sie täglich mit Füßen treten.

Enthüllt: Wie die ARD ihre Talkshow-Propagandisten mit Geld überschüttet Bis zu 4.100 Euro pro Minute – Gewinn allein bei "Anne Will" 1,2 Millionen Euro

<https://reitschuster.de/post/enthueellt-wie-die-ard-ihre-talkshow-propagandisten-mit-geld-ueberschuettert/>

Die Talkshows der großen Sender sind nicht nur eine Propaganda-Maschinerie mit fein abgestimmter Generierung des jeweiligen Wunschpublikums – sie sind auch eine Gelddruckmaschine für die Auserwählten wie Anne Will, Sandra Maischberger & Co. Sie stehen gleich doppelt für die Pervertierung des öffentlich-rechtlichen Systems, das eigentlich Ausgewogenheit garantieren sollte: Zum einen sorgen die Talkmaster dafür, dass die gewünschte „Haltung“ und „Gesinnung“ geliefert wird und Andersdenkende allenfalls als Farbtupfer vorkommen, die der rot-grünen Mehrheit zum TV-Fraß vorgeworfen sind. Zum anderen stehen sie für eine maximale Verflechtung und den Missbrauch des Gebührensystems: Als Lohn für ihren Propaganda-Frondienst bekommen die Moderatoren quasi ein „Lehen“, wie man das im Feudalismus nannte – sie dürfen die Shows selbst produzieren mit eigenen Firmen. Faktisch ist das eine Lizenz zum Gelddrucken.

So empörend das Prinzip, so bekannt ist es. Und kann nur existieren, weil die Mehrheit es apathisch hinnimmt und brav die Zwangsgebühren für ihre eigene Gehirnwäsche bezahlt. Dem Portal „Business Insider“ ist es jetzt gelungen, die Auswüchse des Talkshow-Unwesens mit konkreten Zahlen zu untermauern. Obwohl die öffentlich-rechtlichen Anstalten als Nutznießer des Gebührenzwangs eigentlich der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen müssten, mauern sie traditionell, wenn es um die Summen geht, die für die Talkshows verbrannt bzw. in die Taschen der Moderatoren umgelenkt werden.

Auch gegenüber dem Recherche-Team des „Business Insider“ wollte sich keiner der Beteiligten zu den Zahlen äußern. Hinter jeder Sendung verberge sich ein „kompliziertes Geflecht aus diskreten Verträgen und detailreichen Absprachen“, so das Portal. Geschäftsgebaren, wie man es

eher aus Sizilien erwarten würde als von deutschen Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Am meisten verdient die Frau, die das „Hochamt“ der deutschen Fernseh-Propaganda ausübt – mit der nach ihr benannten Sonntagabend-Talkshow „Anne Will“. Die frühere Tagesthemen-Moderatorin bekommt rund 7,5 Mio. Euro pro Jahr. Pro Sendung sind das also etwa 250.000 Euro und pro Minute 4.100 Euro wie das Portal unter Berufung auf Geheimpapiere meldet. Der Bilanzgewinn von Wills Firma betrug demnach 2021 rund 1,2 Millionen Euro.

Für „Hart aber fair“ unter Frank Plasberg wurden die Kosten dem Bericht zufolge mit 6,6 Millionen Euro kalkuliert, also rund 195.000 Euro pro Folge oder 2600 Euro für die Sendeminute. Insgesamt gingen in einem Jahr 4,9 Millionen Euro aus dem Zwangsgebühren-Topf an die Produktionsfirma, die Plasberg gemeinsam mit einem Kompagnon betreibt. Der Moderator selbst, der die Show inzwischen an Louis Klamroth abgab, bekam demnach 21 500 Euro. Pro Jahr kam er so auf 730 000 Euro.

Schier unbegrenzter Geldfluss

„Maischberger – die Woche“ kostete dem Bericht zufolge 4,7 Millionen Euro jährlich. Jede einzelne Sendung schlägt demnach mit 140.000 Euro zu Buche, und jede Sendeminute mit 1.900 Euro. Weil sie einen eigenen Vertrag hat, bekommt Sandra Maischberger jährlich 795.000 Euro allein fürs Moderieren. Zudem erhält ihre Produktionsfirma nochmal etwa 2,3 Millionen Euro jährlich für redaktionelle Arbeiten.

Sie sind sprachlos angesichts dieser Zahlen? Es kommt noch besser. „Zusätzlich zu den Millionenbeträgen verursachen die Formate bei der ARD weitere Kosten für Technik oder Reisekosten“, wie „Business Insider“ schreibt: „Alleine bei ‘Maischberger – die Woche‘ handelt es sich um weitere 1,6 Mio. Euro im Jahr.“

In meinen Augen handelt es sich hier um ein durch Zwangsgebühren finanziertes Korruptionsschema: Ein üppiger Geldfluss ist die Entschädigung für stramme Haltung und Propaganda nach der klassischen Definition des Duden: Die „systematische Verbreitung politischer, weltanschaulicher oder ähnlicher Ideen und Meinungen mit dem Ziel, das allgemeine Bewusstsein in bestimmter Weise zu beeinflussen“.